

Studien zur Schul- und Bildungsforschung

Jens Oliver Krüger

Anna Roch · Georg Breidenstein

# Szenarien der Grundschulwahl

Eine Untersuchung von  
Entscheidungsdiskursen  
am Übergang zum Primarbereich

**I ZSB**



Springer VS

---

# **Studien zur Schul- und Bildungsforschung**

Band 70

**Reihe herausgegeben von**

Zentrum für Schul- und Bildungsforschung (ZSB)

der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle-Wittenberg, Deutschland

In der Reihe „Studien zur Schul- und Bildungsforschung“ werden zentrale Ergebnisse der Forschungsarbeiten des „Zentrum für Schul- und Bildungsforschung“ (ZSB) publiziert. Hier lassen sich Projektmonographien, Sammelbände sowie herausragende Dissertationen zu vielfältigen Themen aus dem Spektrum der Forschungsschwerpunkte des ZSB finden. Diese umfassen die Lebensspanne von Kindheit und Jugend, die Entwicklung und Veränderung von Organisationen und Institutionen des Bildungssystems, Prozesse von Interaktionen in pädagogischen Handlungsfeldern sowie Untersuchungen zur Pädagogischen Professionalität und pädagogischen Berufen. Auf theoretisch und empirisch fundierte sowie interdisziplinäre Weise richtet sich die Reihe an Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler sowie an pädagogische Fachkräfte und Studierende.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12308>

---

Jens Oliver Krüger · Anna Roch ·  
Georg Breidenstein

# Szenarien der Grundschulwahl

Eine Untersuchung von  
Entscheidungskursen  
am Übergang zum Primarbereich

Jens Oliver Krüger  
Universität Koblenz-Landau  
Koblenz, Deutschland

Anna Roch  
Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg  
Halle (Saale), Deutschland

Georg Breidenstein  
Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg  
Halle (Saale), Deutschland

Schriften der DFG-Forschergruppe 1612 „Mechanismen der Elitebildung im deutschen Bildungssystem“, Band 5

ISSN 2512-2037

ISSN 2512-2045 (electronic)

Studien zur Schul- und Bildungsforschung

ISBN 978-3-658-22463-9

ISBN 978-3-658-22464-6 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-22464-6>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Stefanie Laux

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

# Inhaltsverzeichnis

## Teil I Einführung

- 1 Die Grundschulwahl in Deutschland** ..... 3  
Einführung in das Thema und das Forschungsprojekt  
*Georg Breidenstein, Jens Oliver Krüger und Anna Roch*
- 2 Eine performanztheoretische Perspektive auf Schulwahlentscheidungen** ..... 27  
*Jens Oliver Krüger*

## Teil II Bildungsgerechtigkeit

- 3 Schulwahl als Elitebildung?** ..... 41  
Zur Bearbeitung des Segregationsverdachts im elterlichen Diskurs  
*Georg Breidenstein, Jens Oliver Krüger und Anna Roch*
- 4 Die schulische Elternwahl** ..... 57  
Auswahl an Grundschulen in privater Trägerschaft  
*Jens Oliver Krüger*

|          |                                                                              |    |
|----------|------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>5</b> | <b>Ein Schulbezirk als Politikum</b> .....                                   | 71 |
|          | <i>Georg Breidenstein und Thomas Voigt</i>                                   |    |
| <b>6</b> | <b>„Internationalität, die man eher positiv als negativ bewertet“</b> .....  | 93 |
|          | Modi der Kulturalisierung am Zugang zur Grundschule –<br>das Beispiel Berlin |    |
|          | <i>Anna Roch</i>                                                             |    |

### Teil III Grundschulqualität

|           |                                                                                                                                |     |
|-----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>7</b>  | <b>Der Ruf der Schulen</b> .....                                                                                               | 117 |
|           | <i>Jens Oliver Krüger</i>                                                                                                      |     |
| <b>8</b>  | <b>Atmosphäre, Ambiente, Stimmung</b> .....                                                                                    | 129 |
|           | Besuche an Tagen der offenen Schultür                                                                                          |     |
|           | <i>Jens Oliver Krüger</i>                                                                                                      |     |
| <b>9</b>  | <b>Schulhomepages</b> .....                                                                                                    | 145 |
|           | Eine Analyse visueller Inszenierungen Berliner Grundschulen im<br>Horizont von Schulprofilierungsnotwendigkeiten               |     |
|           | <i>Yommana Klüber</i>                                                                                                          |     |
| <b>10</b> | <b>Eltern als ‚Kunden‘?</b> .....                                                                                              | 169 |
|           | Die Perspektive der ‚Anbieter‘ schulischer Bildung auf das Verhältnis<br>von Eltern und Schule unter Bedingungen des ‚Marktes‘ |     |
|           | <i>Georg Breidenstein, Jens Oliver Krüger und Anna Roch</i>                                                                    |     |

### Teil IV Elternverantwortung

|           |                                                                    |     |
|-----------|--------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>11</b> | <b>Verantwortungsvoll einschulen!</b> .....                        | 191 |
|           | Die ‚Qual der Grundschulwahl‘ als Performanz ‚guter‘ Elternschaft? |     |
|           | <i>Anna Roch</i>                                                   |     |
| <b>12</b> | <b>“I always keep a reference to the Indian system”</b> .....      | 221 |
|           | Ein Fall transnationaler Schulwahl?                                |     |
|           | <i>Fenna La Gro</i>                                                |     |

|                                                       |     |
|-------------------------------------------------------|-----|
| <b>13 Nur das Beste</b> .....                         | 235 |
| Zur Verhandlung der Grundschulwahl in Elternratgebern |     |
| <i>Jens Oliver Krüger</i>                             |     |

|                                                            |     |
|------------------------------------------------------------|-----|
| <b>14 Der „Wunschfolgebogen“</b> .....                     | 251 |
| Ein Verfahren zur Organisierung von Elternpräferenzen      |     |
| <i>Georg Breidenstein, Kai Böckelmann und Thomas Voigt</i> |     |

## Teil V Epilog

|                                                                               |     |
|-------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>15 Die Verstrickung der Schulwahlforschung in ihren Gegenstand</b> . . . . | 269 |
| <i>Jens Oliver Krüger, Georg Breidenstein und Anna Roch</i>                   |     |

---

**Teil I**

**Einführung**

# Die Grundschulwahl in Deutschland

1

## Einführung in das Thema und das Forschungsprojekt



Georg Breidenstein, Jens Oliver Krüger und Anna Roch

Etwa bei der 2. Tasse Kaffee des Hotelfrühstücks setzt sich ein Kollege zu mir, den ich gestern auf der Tagung kennengelernt hatte. Nach kurzer Zeit stellt sich heraus, dass er einen Sohn in der Grundschule hat, in der 1. Klasse. Ich werde hellhörig, ich erzähle kurz von dem neuen Forschungsprojekt zum Schulwahldiskurs von Eltern. Er steigt sofort auf das Thema ein und von nun an dreht sich das Gespräch fast eine Stunde lang um Eltern und Grundschulen.

Der Kollege und seine Frau haben im Zuge der Entscheidungsfindung nach eigenem Bekunden „nicht viele, nur fünf Schulen besichtigt“, d. h. die entsprechenden ‚Tage der offenen Tür‘ besucht. Diese fanden alle im Februar und März diesen Jahres statt, aber der Prozess der Entscheidungsfindung begann schon vorher, etwa vor einem Jahr. Es sei ja so: Die Stadt weist einem eine Schule zu und tut so als seien alle Grundschulen gleich, aber die Schulen selbst versuchen sich ganz unterschiedlich zu profilieren und konkurrieren untereinander. Für sie sei die Erreichbarkeit der Schule wichtig gewesen und außerdem wollten sie auch keine Schule, wo die Kinder von weither hingefahren würden, denn dann wäre es ja auch schwierig für ihren Sohn, sich mit Freunden zu verabreden. Als sie sich für eine Schule entschieden hatten, haben sie einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Antrag des Kollegen ist zunächst abgelehnt worden, er hat Widerspruch eingelegt, dieser ist dann auch abgelehnt worden. Erst im letzten Moment, kurz vor Schulbeginn, hat er dann auf einmal doch einen Platz für seinen Sohn an der gewünschten Schule bekommen. Sie haben zuerst gezögert, weil sie sich inzwischen auf die andere Schule eingestellt hatten und jetzt noch einmal „alles umstellen“ mussten (u. a. neue Schulbücher kaufen), kehren dann aber doch zu der ursprünglichen Entscheidung zurück.

Ich verlasse schließlich das Frühstück und das Gespräch (denn ich muss zum Zug) mit dem sicheren Gefühl, dass der Schulwahldiskurs tatsächlich eine ungeheure Virulenz und Brisanz besitzt (Protokoll GB, Herbst 2011).

Die Bemerkung des Kollegen, er habe „nicht viele, nur fünf“ Schulen besichtigt, erscheint aus mindestens zwei Gründen bemerkenswert: Zum einen dokumentiert sich darin das Bemühen eines Vaters, sich zu einem bestimmten Elternschaftsentwurf in ein Verhältnis zu setzen: Dass man „nur fünf“ Grundschulen besichtigt habe, zeigt zumindest an, dass ein weitergehendes elterliches Engagement möglich gewesen wäre, und man muss sich fragen, wie viele Grundschulen der Vater denn hätte besuchen müssen, um den impliziten Normalitätserwartungen, die er hier kommuniziert, gerecht zu werden. Zum anderen kann man sich fragen, was ein solches Engagement für Einzelschulen und auch für das Schulsystem bedeutet.

Bei dieser Erzählung aus der Anfangszeit des Projektes ist zu beachten, dass von dem Vater eigentlich gar keine Wahl verlangt war. Im Gegenteil: So wie an den meisten Orten Deutschlands ist die freie Wahl einer Grundschule auch am Wohnort des Vaters bis heute nicht möglich: Kindern wird, wenn sie schulpflichtig werden, ein Schulplatz zugewiesen. An welcher Grundschule das Kind eingeschult wird, hängt von seiner Wohnadresse ab. Oder andersherum: Staatliche Grundschulen haben in der Regel Schulbezirke – schulgesetzlich ist mitunter auch von „Gebieten“, „Bereichen“ oder „Sprengeln“ die Rede – die exakt nach Straßen (manchmal sogar einzelnen Hausnummern) aufgeschlüsselt sind, und sie sind verpflichtet, alle Kinder, die dort gemeldet sind und schulpflichtig werden, aufzunehmen. Lediglich vereinzelt finden sich – zumeist auf kommunaler Ebene, punktuell auch auf Ebene der Bundesländer – liberalere Regelungen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie das Spannungsfeld zwischen einem individuellen elterlichen Engagement in Sachen Grundschulwahl und einer auf die Allgemeinheit gerichteten Regelung in der Praxis konkret etabliert und bearbeitet wird.

Mit dieser Frage hat sich das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt „Exzellenz im Primarbereich. Die ‚beste Schule‘ als Gegenstand der Aushandlung im Entscheidungsdiskurs von Eltern“ beschäftigt. Als Teil einer DFG-Forscherguppe beteiligte sich das Projekt an der Untersuchung von Bedingungen und Effekten vertikaler Differenzierungen auf verschiedenen Stufen des deutschen Bildungswesens (Krüger et al. 2012). In diesem Kontext fragte es insbesondere nach der Spezifik des Primarbereichs: Gibt es (neue) Tendenzen der Abgrenzung und der Exklusivität von Bildungseinrichtungen auch im Bereich des Primarschulwesens? Wie und nach welchen Kriterien werden Unterschiede zwischen Grundschulen gemacht? Und was bedeutet das für das Grundschulwesen – also jenen Bereich des deutschen Bildungssystems, der sich traditionell als ‚Schule für alle‘ und dem Prinzip egalitärer Bildungschancen verpflichtet versteht?

Unsere Forschung zu dieser Frage profitierte stark von Gesprächen mit den in das Feld verstrickten Akteur\*innen. Dazu gehörten Eltern wie der eingangs zi-

tierte Vater, aber auch Schulleitungen und einzelne Expert\*innen wie ein Schulamtsleiter oder Repräsentant\*innen von Schulgründungsinitiativen. Immer wieder wurde in diesen Gesprächen von dem gleichen Phänomen berichtet: Aktuell scheint es Eltern zu geben, die weder Kosten noch Mühen scheuen, um ihr Kind an einer Grundschule ihrer Wahl einzuschulen. Doch wie ist das möglich in einem Bereich, der auf Grund strikter Schulzuweisungen in der Regel kaum Wahlmöglichkeiten offeriert? Es lassen sich verschiedene Möglichkeiten unterscheiden, das Kind an einer anderen als der offiziell zuständigen Grundschule einzuschulen: Frei anwählen kann man Privatschulen, also z. B. Schulen in konfessioneller Trägerschaft, freie Alternativschulen oder internationale Schulen, die als „Ersatzschulen“ staatlich anerkannt oder – in seltenen Fällen – als „Ergänzungsschulen“ angezeigt werden (eine solche freie Anwahl setzt voraus, dass sich diese Schulen ihrerseits für die Aufnahme des Kindes entscheiden). Man kann (allerdings selten bewilligte) „Umschulungsanträge“ bzw. sogenannte „Gastschulanträge“ stellen, eine rechtliche Klage anstrengen oder durch einen Umzug in das Einzugsgebiet einer gewünschten staatlichen Grundschule wechseln, und man kann (das ist die illegale Variante) einen Umzug fingieren, indem man das Kind etwa bei Verwandten anmeldet oder eine Scheinadresse etabliert. Zur letztgenannten Praxis liegen verständlicherweise kaum Zahlen vor. Über verschiedene Studien hinweg bestätigt sich jedoch immerhin der Befund, dass die Einschulung des Kindes an einer anderen als der zugewiesenen Einzugsgebietsschule für zahlreiche Eltern durchaus eine Option darstellt (u. a. Kristen 2005; Noreisch 2007; Riedel 2011; Trumpa 2010). Dass die Einschulung von diesen Eltern als Wahl und Entscheidung begriffen wird, muss indessen nicht heißen, dass man sein Kind tatsächlich an einer anderen Schule als der zugewiesenen Grundschule einschult (und das Phänomen der Grundschulwahl kann demzufolge auch nicht allein an den Anmeldezahlen dieser Schulen, oder der Diskrepanz zwischen dem Anteil der Kinder, die eine bestimmte Schule gemäß der öffentlichen Bildungsplanung besuchen müsste und dem Anteil, der sie tatsächlich besucht, abgelesen werden). Die Überlegungen und Entscheidungsprozesse der Eltern können auch zu dem Ergebnis führen, dass man letztlich die offizielle Schulzuweisung akzeptiert, da die zugewiesene Grundschule schließlich auch präferiert wird. Die Akzeptanz der Schulzuweisung wird aus elterlicher Perspektive auch in diesem Fall als aktive Entscheidung gerahmt – als eine Entscheidung, der diverse Erkundungen und Erwägungen vorausgingen und die mit Begründungen einhergeht.

Andererseits bleibt festzuhalten, dass die Einschulung in Deutschland nach wie vor nicht pauschal als Entscheidung zu verstehen ist, sondern situativ erst zu einer solchen gemacht wird. Die Grundschulwahl ist nicht von vornherein gegeben, sondern sie wird hervorgebracht. Mit den Vollzügen, das heißt den diskursiven

Praktiken der Grundschulwahl, ist also zugleich die Hervorbringung dieses Phänomens zu untersuchen: Wie kommt es, dass die Einschulung des Kindes aktuell von vielen Eltern als Frage nach der besten oder passenden Schule gehandhabt und als Entscheidung begriffen wird? Wie werden Entscheidungsoptionen und -notwendigkeiten im Zusammenhang der Einschulung generiert? Wir fassen jene Kontexte, in denen die Grundschulwahl zugleich hervorgebracht und prozessiert wird, als *Szenarien* der Grundschulwahl. In unterschiedlichen und näher zu beschreibenden Szenarien wird die Grundschulwahl zum Thema, zum Problem und zu einer hochkomplexen und folgenreichen Praxis.

Das vorliegende Buch wirft ein Licht auf diese Praxis und beschäftigt sich mit der Art und Weise, wie sich Szenarien der Grundschulwahl praktisch konstituieren. Im weiteren Gang dieser Einleitung rufen wir zunächst in sehr knapper Form einige thematische Kontexte auf, die für unsere Forschung Relevanz besitzen (1.1), bevor wir die Perspektive (1.2) und Vorgehensweise (1.3) des Forschungsprojektes beschreiben. Anschließend erläutern wir den Aufbau dieses Buches (1.4).

---

## 1.1 Kontexte

Unsere Forschung profitiert stark von Anschlüssen an den internationalen Forschungsstand zur Schulwahl (vgl. u. a. Forsey et al. 2008; Walford 2006). Die Spezifik der elterlichen Grundschulwahl betreffend lassen sich in letzter Zeit jedoch auch im deutschen Sprachraum einschlägige Forschungsarbeiten verzeichnen (vgl. u. a. Graßhoff et al. 2013; Groos 2016; Knötig 2012; Kristen 2008; Noreisch 2007; Riedel 2011; Suter 2013; Trumpa 2010). Einen konkreten Ausgangspunkt des Forschungsprojektes bildet zunächst der national und international vielfach berichtete Befund, dass mit einem Verständnis der Einschulung als Wahl und Entscheidung segregierende Effekte einhergehen (vgl. u. a. Fincke und Lange 2012; Groos 2016; van Ackeren 2006). Die Wahrnehmung der Einschulung als Wahl wird insbesondere im Horizont von Forschungen zur (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit ‚bildungsbewussten‘ oder auch ‚bildungsbestrebten‘ Eltern zugeschrieben, die unter dem Einsatz spezifischer „zeitlicher, kultureller und materieller Ressourcen“ (Baur 2013, S. 52) besondere Ansprüche für die eigenen Kinder geltend machen können. Damit verschärfen sich insgesamt ungleiche Bildungschancen innerhalb des Schulsystems. Die Frage nach der Reproduktion sozialer Ungleichheit bildet eine zentrale Referenz im (öffentlichen und wissenschaftlichen) Diskurs um die Grundschulwahl. In dem Maße, in dem die egalitäre Idee einer allen gemeinsamen Grundschule keine reale Entsprechung (mehr) findet, steht die Frage im Raum, ob es ‚gerecht‘ erscheint, wenn einige Eltern ihren

Kindern durch Schulwahlbemühungen (vermeintlich) bessere Lernchancen eröffnen, während sich andere Eltern mit einem (vermeintlich) schlechteren Schulangebot für ihre Kinder zufriedengeben. Dieser Punkt birgt einige Brisanz, bringt er doch das Motiv individueller (Wahl-)Freiheit in ein Spannungsverhältnis zum Motiv der Bildungsgerechtigkeit, das gleiche Bildungschancen für alle postuliert (Giesinger 2009).

Eine Möglichkeit zur empirischen Untersuchung von Effekten einer Aufhebung von Sprengelregelungen zugunsten einer freieren Schulwahl bot das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2008 (vgl. Breuing 2014; Kristen 2008; Riedel 2011)<sup>1</sup>. Verschiedene Studien nehmen diese Veränderungen in den Blick (Groos 2016; Makles und Schneider 2012; Riedel 2011). Ein ähnliches Szenario untersuchen

- 
- 1 Möglichkeiten der Grundschulwahl sind landesgesetzlich unterschiedlich geregelt. Verbindliche Schulzuweisungen an einzelne Grundschulen sind z. B. in Bayern (Schulgesetz Bayern § 32), Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern § 46), Bremen (Schulgesetz Bremen § 6) oder Rheinland-Pfalz (Schulgesetz Rheinland-Pfalz § 62) vorgesehen. In einer deutlichen Formulierung heißt es zudem im Schulgesetz Baden-Württembergs: „Der Schulpflichtige hat die Schule zu besuchen, in deren Schulbezirk er wohnt“ (Schulgesetz Baden-Württemberg § 76). In Sachsen (Schulgesetz Sachsen § 25), in Thüringen (Schulgesetz Thüringen § 14), im Saarland (Schulgesetz Saarland § 19) und in Niedersachsen (Schulgesetz Niedersachsen § 63) sind Zuweisungen ebenfalls üblich, das Schulgesetz erlaubt dort allerdings die Bildung eines gemeinsamen Schulbezirks für mehrere Schulen. Ggf. findet sich der Hinweis, dass bei „Schulen besonderer pädagogischer Prägung“ auf die Einrichtung von Einschulungsgebieten verzichtet werden kann (Schulgesetz Berlin § 55), während das hessische Schulgesetz die Möglichkeit beschreibt, dass sich benachbarte Schulbezirke überschneiden können, was Sonderregelungen bedingt (Schulgesetz Hessen § 143). Eher Schulwahl-freundliche Ansätze finden sich demgegenüber in den Schulgesetzen Nordrhein-Westfalens, Schleswig-Holsteins und auch im Schulgesetz Sachsen-Anhalts: Während das Schulgesetz Nordrhein-Westfalens die Möglichkeit vorsieht, dass „der Schulträger durch Rechtsverordnung ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schuleinzugsbereich bilden“ (Schulgesetz Nordrhein-Westfalen § 84) könne, heißt es im Schulgesetz Sachsen-Anhalts, der Schulträger könne „mit Zustimmung der Schulbehörde ganz oder teilweise auf die Festlegung von Schulbezirken verzichten“ (Schulgesetz Sachsen-Anhalt § 41). Im Schulgesetz Schleswig-Holsteins findet sogar die elterliche Schulwahl explizit Erwähnung, indem gesagt wird: „Die Eltern [...] wählen im Rahmen der von der Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung des Schulträgers festgesetzten Aufnahmemöglichkeiten aus dem vorhandenen Angebot an Grundschulen [...]“ (Schulgesetz Schleswig-Holstein § 24). Die hier zitierten Gesetzestexte, die ggf. noch um gesonderte Rechtsverordnungen ergänzt werden, definieren Spielräume für kommunales Handeln. Es ist davon auszugehen, dass diese Spielräume lokal unterschiedlich genutzt werden. Gesonderte Spielräume für die elterliche Schulwahl werden schulgesetzlich ferner für Schüler\*innen, bei denen ein besonderer Förderbedarf diagnostiziert wird, festgelegt (Recherchedatum Oktober 2018).

Altrichter, Bacher, Beham, Nagy und Wetzelhütter (2011) anlässlich der Auflösung von Grundschulsprengeln in Linz. Zu den Effekten einer Aufhebung von Schulsprengeln, die im Kontext dieser Studien diskutiert werden, gehört die Verstärkung sozialer Segregation durch die Erweiterung elterlicher Wahlmöglichkeiten. Gomolla (2009, S. 21) resümiert: „Die Reformen verschaffen eher den ohnehin privilegierten Elterngruppen zusätzliche Vorteile und Einflussmöglichkeiten“.

Auch wenn sich die Segregation der Schüler\*innenschaft an Grundschulen nach sozialer Herkunft unter den Bedingungen von freier Grundschulwahl zu verstärken scheint, sind Segregationseffekte auch unter den Bedingungen von Sprengelregelungen zu verzeichnen. Denn Wohnviertel sind häufig sozial segregiert, so dass es nicht erstaunt, wenn sich die Schüler\*innenschaft dem segregierten Sozialraum entsprechend zusammensetzt. Zudem ist auf Effekte struktureller Ungleichbehandlung und institutioneller Diskriminierung zu verweisen, die die Allokation einer Schüler\*innenklientel an bestimmten Grundschulen begünstigen (Baur 2013, S. 77; Flitner 2007; Gomolla und Radtke 2009, S. 11; Karakayali und Zur Nieden 2013). Die Anzahl der Gastschulanträge, die von Eltern gestellt wird, variiert in Abhängigkeit von den sozialen Gegebenheiten erheblich<sup>2</sup>.

- 2 In zahlreichen Schulgesetzen ist geregelt, dass elterlichen Anträgen aus „wichtigem Grund“ nachgegeben werden könne (vgl. Schulgesetz Rheinland-Pfalz § 62; Schulgesetz Nordrhein-Westfalen § 84; Schulgesetz Saarland § 19). Was als ein solcher wichtiger Grund in Frage kommt, buchstabieren andere Schulgesetze detaillierter aus. Dabei wird z. B. auf besondere „Verkehrsverhältnisse“ (Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern § 46; Schulgesetz Sachsen § 25), Geschwisterregelungen (Schulgesetz Hamburg § 42), auf „pädagogische Gründe“ (Schulgesetz Sachsen § 25; Schulgesetz Niedersachsen § 63) und auf „soziale Umstände“ (Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern § 46, Schulgesetz Sachsen § 25) verwiesen. Besondere Ausführungen finden sich im Schulgesetz von Berlin, in dem es heißt: „Dem Antrag ist im Rahmen der Aufnahmekapazität und nach Maßgabe freier Plätze gemäß den Organisationsrichtlinien nach den folgenden Kriterien in abgestufter Rangfolge stattzugeben, wenn

1. die Erziehungsberechtigten ein bestimmtes Schulprogramm, ein bestimmtes Fremdsprachenangebot oder eine Ganztagsgrundschule wünschen,
2. der Besuch der zuständigen Grundschule gewachsene Bindungen zu anderen Kindern beeinträchtigen würde oder
3. der Besuch der gewählten Grundschule die Betreuung des Kindes wesentlich erleichtern würde.

Im Übrigen entscheidet das Los. Über den Antrag entscheidet das zuständige Bezirksamt im Benehmen mit der jeweiligen Schulleiterin oder dem jeweiligen Schulleiter der aufnehmenden Grundschule“ (Schulgesetz Berlin § 55).

An dieser Formulierung ist insbesondere die Priorisierung von Gründen bemerkenswert, die die Schulgesetze aller anderen Bundesländer vermissen lassen. Der Verweis auf die Kapazitäten ist indessen in anderen Schulgesetzen ebenfalls zu finden (vgl. Schulgesetz Bremen § 6; Schulgesetz Schleswig-Holstein § 24).

Die Aufmerksamkeit für die Grundschulwahl lässt sich auf einer anderen Ebene mit der Diversifizierung von Schulangeboten in Verbindung bringen. Dass überhaupt Unterschiede zwischen Grundschulen bemerkt werden, ist schulhistorisch alles andere als selbstverständlich. In der sogenannten Weimarer Verfassung von 1919, auf die noch immer verwiesen wird, wenn es um die Historie der Institutionalisierung des Grundschulwesens in Deutschland geht, ist von einer „für alle gemeinsame[n] Grundschule“ die Rede (vgl. hierzu u. a. Prengel 2005, S. 24). *Eine Schule für alle* – dieses Leitbild scheint angesichts einer neuen konzeptionellen Vielfalt in der deutschen Grundschullandschaft aktuell ins Hintertreffen zu geraten. Grundschulen werden – so scheint es – immer unterschiedlicher.

Zum ersten ist diesbezüglich auf die Expansion des Privatschulsektors hinzuweisen, denn tatsächlich gibt es im Grundschulbereich auch unter Bedingungen verbindlicher Schulbezirke eine legale Wahlmöglichkeit: Die Wahl zwischen staatlichen und Grundschulen in freier Trägerschaft. Eltern, die mit der zugewiesenen staatlichen Grundschule nicht einverstanden sind, haben die Möglichkeit, sich um einen Platz an einer Privatschule zu bewerben, die zu ihrer Genehmigung als „Ersatzschule“ ein Profil nachweisen muss, welches sie von anderen lokalen Schulangeboten unterscheidbar macht (vgl. Art. 7 Abs. 5 GG). Auch wenn sich der Anteil an Privatschulen in Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor relativ bescheiden ausnimmt (Ullrich und Strunck 2009, S. 230), so wird doch eine allgemeine Expansion des Privatschulsektors konstatiert (Kraul 2015, S. 8). Das betrifft auch den Grundschulbereich. So hebt der Bildungsbericht 2018 die Zunahme von Grundschulen in freier Trägerschaft um 39 % zwischen 2006 und 2016 hervor (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018, S. 43f). Im Zuge einer intensiveren erziehungswissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Verhältnis von öffentlichen und privaten Schulangeboten im Primarbereich (Bellenberg und Wegracht 2015; Koinzer und Mayer 2015; Schwarz et al. 2018) wurde deutlich, dass die Optionalität bei der Grundschulwahl nicht nur durch die Differenzierung zwischen Schulen in staatlicher und privater Trägerschaft hervorgebracht wird, sondern auch durch die Unterscheidung eines breiten Spektrums an Schulprofilen und Trägerstrukturen im Privatschulbereich (z. B. kirchliche, reformpädagogische oder internationale Grundschulen) (Knötig 2012; Suter 2013; Trumppa 2010).

Zum zweiten werden auch innerhalb des staatlichen Schulwesens Unterschiede zwischen Grundschulen virulent. Flitner spricht von einer „neue[n] ‚Vielfalt‘ der Grundschulprofile“ (Flitner 2007, S. 47). Spätestens seit staatliche Grundschulen zur Profilbildung im Rahmen ihrer Schulprogrammarbeit herausgefordert sind (Altrichter, Heinrich et al. 2011; Jergus et al. 2013) kommt es zu einer wachsenden Vielfalt an Konzepten, Profilen und Leitbildern im Grundschulbereich, die sich bis hinein in die kapillaren Verästelungen einzelner Schulzweige fortsetzt. Einzel-

schulbezogen müssen Eltern ggf. viele weitere Entscheidungen treffen (z. B. die Wahl zwischen ‚Lesen durch Schreiben‘ und ‚Fibel‘; oder die Wahl zwischen Ethik und Religion). Aktuell lassen sich weitere schulwahlrelevante Diversifizierungen im Kontext des Ausbaus des Ganztagschulwesens (Idel et al. 2013) oder im Kontext der inklusiven Beschulung von Kindern (Huf und Kelle 2015; Rabenstein und Gerlach 2016) bemerken. Die Grundschulwahl lässt sich in diesem Licht sowohl als Bedingung wie als Effekt der Diversifizierung von Schulangeboten perspektivieren.

Mit dem (elterlichen) Vertrauen in das öffentliche Bildungswesen scheint es dabei insgesamt nicht zum Besten zu stehen. So wird konstatiert, „dass eine Negativwahrnehmung staatlicher Bildungsinstitutionen in Medien und Öffentlichkeit vorherrscht“ (Koinzer und Leschinsky 2009, S. 674). Die Veröffentlichung großer Schulleistungsstudien bedingt den Nebeneffekt, dass es inzwischen zum Common Sense zu gehören scheint, der Qualität schulischer Bildung zu misstrauen. Durch die öffentlichen Debatten um sogenannte „Failing Schools“ (Quesel et al. 2013), Resteschulen, Problemschulen, Brennpunktschulen oder „schulische Notstandsgebiete“ (Flitner 2007, 44) wird Eltern vermittelt, dass es in Deutschland nicht nur gute Schulen gibt (Koinzer und Mayer 2015, S. 33). Eltern sehen sich auch durch diese Diskurse dazu veranlasst, zwischen guten und weniger guten Grundschulen zu differenzieren, wobei unter ‚Schulqualität‘ ganz Unterschiedliches verstanden werden kann.

Zudem ist etwa auf den Ausbau von Verfahren der Schuleingangsuntersuchung hinzuweisen (Kelle 2010; Schweda 2014; Tervooren 2010). Im Kontext dieser Verfahren werden Eltern schon frühzeitig und zu wechselnder Gelegenheit daran erinnert, dass die Einschulung ihres Kindes bevorsteht (Huf und Kelle 2015, S. 71). Im Rahmen der Schuleingangsdiagnostik werden Eltern außerdem für die schulbezogenen, individuellen Besonderheiten ihrer Kinder sensibilisiert. D. h., im Lichte der nahenden Einschulung werden neue Sichtweisen auf das eigene Kind erprobt: Was bedeutet es, wenn dieses Kind zum Schulkind wird? Die fristgerechte oder vorzeitige Einschulung, Rückstellungen, die Einrichtung von Vorlaufkursen, gesonderte Testungen und die Möglichkeit zur Frühförderung vermehren die elterlichen „Entscheidungsoptionen im Einschulungsverfahren“ (Huf und Kelle 2015, S. 80). In der elterlichen Wahrnehmung oder Nicht-Wahrnehmung dieser Entscheidungsoptionen schreiben sich Eltern Verantwortung für einen gelungenen Schulstart ihres Kindes nicht zuletzt selbst zu. Diese Verantwortung wiegt umso schwerer, als dem Schulstart eine hohe bildungsbiographische Bedeutsamkeit zugeschrieben wird (Kelle/Schweda 2014; Cloos/Oehlmann/Sitter 2013; Faust 2013). Daraus resultiert, dass Eltern die Gestaltung des Übergangs ihrer Kinder in die Grundschule durchaus als „Frage von Fähigkeiten und Befähigung ihrer selbst er-

fahren“ (Andresen et al. 2013, S. 45; dazu auch Graßhoff et al. 2013; Hunner-Kreisel und Steinbeck 2018).

Der elterliche Anspruch, die Bildungslaufbahn der Kinder aktiv zu gestalten, buchstabiert sich sehr uneinheitlich aus. Allerdings wird eine neue „Leitidee der durch elterliche Entscheidungen in hohem Maße selbst zu gestaltenden und damit auch selbst zu verantwortenden Bildungskarriere ihrer Kinder“ (Rabenstein 2015, S. 257) bemerkt. Im Anspruch, das Beste für das eigene Kind zu realisieren, artikuliert sich „Bildungsdruck“ (Henry-Huthmacher und Borchard 2008, S. 12) oder sogar „Bildungspanik“ (Bude 2011). Dieses elterliche Engagement bei der Grundschulwahl lässt sich zur Herausbildung neuer „Elternschaftskulturen“ (Heimerdinger 2013, S. 259) bzw. dem Leitbild der verantworteten Elternschaft (Hünersdorf 2014) in Beziehung setzen. Wie genau sich Eltern über ihr Engagement bei der Grundschulwahl als engagiert und verantwortungsvoll handelnd subjektivieren und eine spezifische „Identitätsarbeit“ (Heimerdinger 2013, S. 265) betreiben, ist erst in Ansätzen erforscht.

Insgesamt sind die vorliegenden Forschungsarbeiten zur Grundschulwahl überwiegend ungleichheitskritisch ausgerichtet. Dabei lässt sich eine Ausprägung in zwei zentrale Untersuchungsperspektiven feststellen: Erstens wird die Zunahme von elterlichen Schulwahlbemühungen im Primarbereich mit bildungspolitischen Orientierungen der Schulentwicklung an Mechanismen marktwirtschaftlicher Effizienz- und Effektivitätssteigerung in Verbindung gebracht (vgl. Bellmann 2008; Bellmann und Weiß 2009; Weiß 2001). Versprechen der Optimierung schulischer Qualität ruhen demnach auf Wahl- und Wettbewerbslogiken auf, die sich entlang der (vereinzelten) Aufhebungen von Schuleinzugsgebieten, eines expandierenden Privatschulwesens und den Anforderungen zur Schulprofilierungen im staatlichen Bildungssystem als eine anwachsende Deregulierung darstellen. Schulen konkurrieren danach in erweiterter Autonomie und stellen sich zunehmend als Wahloptionen für Eltern dar, die somit aufgefordert sind, Qualitätsurteile zu fällen und Entscheidungen zu treffen (Gomolla 2009). Daneben richtet sich ein zweiter Untersuchungsfokus auf elterliche Akteur\*innen, sowie auf die Frage nach der „Passung individuell-familiärer (Schul-)Bildungsvorstellungen zur tatsächlich vorfindlichen Schul(angebots)landschaft“ (Koinzer und Gruehn 2018, S. 583). Hierdurch kann sowohl eine Vielzahl von elterlichen Entscheidungsmotiven und -kriterien aufgezeigt werden, als auch deren voraussetzungsreiche Ressourcengebundenheit (vgl. u. a. Clausen 2006; Knötig 2010; Suter 2013).

Die aufgerufenen Bezüge zu sehr unterschiedlichen Forschungsarbeiten und -perspektiven machen deutlich, dass es sich bei der Grundschulwahl um ein Phänomen handelt, das zahlreiche Themen erziehungswissenschaftlicher Forschung tangiert. So ist es z. B. ebenso naheliegend, die Grundschulwahl als Ausdruck der

Implementation von Wahl- und Wettbewerbslogiken im deutschen Schulsystem zu untersuchen, wie es sinnvoll erscheint, sie im Horizont eines gewandelten Elternchaftsverständnisses zu verstehen. Die vorliegende Untersuchung nimmt beide Aspekte in den Blick, indem sie auf die Hervorbringung von Entscheidungsszenarien fokussiert. In dieser Perspektive ist es gerade die Überdeterminiertheit der Grundschulwahl, die die Produktivität des Diskurses zu diesem Thema bedingt. Welcher Eigenlogik folgt dieser Diskurs? Und wie werden im Zusammenspiel der unterschiedlichen thematischen Bezüge Entscheidungsszenarien der Grundschulwahl hervorgebracht?

---

## 1.2 Erhebungen

Entscheidungsszenarien sind nicht immer schon vorhanden, sondern werden situativ und auf unterschiedliche Art und Weise hervorgebracht. Gerade weil hinsichtlich der Wahl einer Grundschule an den meisten Orten Deutschlands von den Eltern gar keine Wahl verlangt wird, kann gefragt werden, wie Spielräume für Entscheidungen aus unterschiedlicher Perspektive hervorgebracht und legitimiert werden.

Unsere Untersuchung begann mit einer offenen Sammlung von Datenmaterial: Wir führten Interviews mit unterschiedlichen Akteur\*innen, verfassten ethnographische Protokolle und stellten ein Archiv an unterschiedlichen Dokumenten zum Thema zusammen (u. a. Zeitungsberichte, Ratgeber und Websites).

Die Erhebungsaktivität konzentrierte sich dabei zunächst auf zwei großstädtische Räume, die sich durch unterschiedliche Schuleinzugsgebietsregelungen und unterschiedliche Grundschullandschaften auszeichnen.

- A-Stadt: Mit seinen ca. 40 Grundschulen bietet A-Stadt ein überschaubares Feld, um eine Grundschullandschaft als Bezugspunkt elterlicher Wahlentscheidungen detailliert in den Blick zu nehmen. Schuleinzugsgebiete sind in A-Stadt verbindlich. Hinsichtlich der entschlossenen Durchsetzung einer solchen ‚Sprengelregelung‘ ist die Situation prototypisch für viele andere Regionen in Deutschland. Mit einer Montessorischule, einer Waldorfschule, zwei freien Alternativschulen sowie einer katholischen und einer evangelischen Grundschule ist das Privatschulangebot in A-Stadt im Vergleich zu anderen Städten deutlich reformpädagogisch und konfessionell geprägt. Eine internationale Grundschule gibt es (noch) nicht, Gründungsabsichten werden von kommunalen Akteur\*innen diskutiert.
- B-Stadt: Die Grundschullandschaft in B-Stadt ist erheblich größer als in A-Stadt. Zudem verfügt B-Stadt auch konzeptionell über ein sehr viel brei-

teres Privatschulspektrum, als dies in A-Stadt der Fall ist. Neben konfessionell und reformpädagogisch orientierten Profilen gibt es hier auch zahlreiche internationale Schulen; einzelne dieser Schulen arbeiten auf privatgewerblicher Grundlage. Auch die staatliche Grundschullandschaft in B-Stadt stellt sich differenzierter dar, als dies für A-Stadt festgestellt werden kann. Und schließlich lassen sich auf Stadtteilebene z. T. liberalisierte Schuleinzugsgebietsregelungen beobachten, was die Wahl zwischen staatlichen Schulen in beschränktem Rahmen ermöglicht.

In beiden Städten führten wir zunächst offene, qualitative Interviews mit Eltern durch, deren Kinder im Laufe der nächsten ein bis drei Jahre schulpflichtig werden würden und die sich selbst vor die Entscheidung gestellt sahen, eine ‚richtige‘ Grundschule für ihr Kind zu identifizieren. Die Auswahl der interviewten Eltern erfolgte im ‚Schneeballverfahren‘: Wir knüpften zunächst Kontakte zu Eltern, von denen wir (wiederum über Bekannte) gehört hatten, dass sie sich mit dem Thema der Grundschulwahl beschäftigten. Über Eltern, die bereits interviewt wurden, stellten sich Kontakte zu weiteren Eltern her, die sich ebenfalls mit der Schulwahl für ihre Kinder befassten. Im Sinne eines „Theoretical Sampling“ (Glaser und Strauss 1998) wurde das Sample Zug um Zug so weiterentwickelt, dass eine breite Varianz von Fällen und ‚Schulwahlgeschichten‘ entstand. Das heißt z. B., dass wir nach einer Reihe von Gesprächen mit Eltern, die die Einzugsbezirksschule ablehnten und sich dem Spektrum reformpädagogischer Schulen zuwandten, nach solchen Gesprächspartner\*innen Ausschau hielten, die eher geneigt waren, ihr Kind an der zuständigen staatlichen Grundschule einzuschulen.

Über unterschiedliche Präferenzen und Positionierungen hinweg erwies sich die Thematik der ‚Grundschulwahl‘ für alle von uns interviewten Eltern als hoch relevant und als ein ausgesprochen ergiebiger Gesprächsfokus. Wir brauchten das Thema nur anfangs einmal anzusprechen, von da an liefen nahezu alle Interviews hochgradig selbstläufig. Die Gespräche dauerten ohne Anstrengung mindestens eine Stunde, in Einzelfällen auch über drei Stunden. Die meisten Interviews fanden bei den Eltern zuhause statt, einige an öffentlichen Orten wie Cafés oder in einem Büro. Die Selbstläufigkeit der Thematik zeigte sich auch darin, dass viele der Interviews eine klassische Frage-Antwort-Struktur rasch verließen (oder gar nicht erst bedienten), sondern sich stattdessen einem Alltagsgespräch annäherten, in dem die Gesprächsrollen fluktuierten und wir etwa als ‚Berater\*innen‘ angesprochen wurden oder Eltern als ‚Expert\*innen‘ der Grundschulwahl in Erscheinung traten. Als besondere Ressource im Kontext der Interviews erwies sich dabei auch die Tatsache, dass die Feldforscherin und der Feldforscher als Eltern einschulungspflichtiger Kinder persönliche Nähe zum Schulwahlgeschehen für

sich reklamieren konnten. Viele der interviewten Eltern gingen spätestens im Gesprächsverlauf zum „Du“ über, was uns dazu veranlasste, für die Pseudonymisierung zumeist Vornamen zu verwenden. Das Agieren der Forscherperson im Interview stellt sich dementsprechend etwas anders dar, als es das Neutralitätsgebot der klassischen Interviewforschung nahelegt und kann methodologisch als eine Form der „Teilnahme“ reflektiert werden (Roch 2014).

Insgesamt wurden 33 extensive Elterninterviews durchgeführt (8 Interviews mit Vätern; 22 Interviews mit Müttern; 3 Interviews mit Elternpaaren). Alle Interviews wurden aufgezeichnet und vollständig transkribiert. Mit einigen unserer Gesprächspartner\*innen haben wir mehrere Interviews durchgeführt, um die prozessuale Logik des Schulwahlgeschehens zu erfassen. Mit manchen haben wir uns auch nach der Einschulung der Kinder noch einmal verabredet, um zu erfahren, ob sie mit ihrer Entscheidung zufrieden waren und wie sich das Verhältnis zur gewählten Grundschule entwickelt hatte.

Ferner begleiteten wir einzelne Eltern bei ihren Besuchen von Schulanmeldungen, Elternabenden und Tagen der offenen Schultür. Einmal ließ sich die Forscherin von einer Mutter auf einem Spaziergang ihr Stadtviertel vorstellen. Außerdem besuchten wir Veranstaltungen, auf denen sich Schulen der von uns untersuchten Schullandschaften der Öffentlichkeit präsentierten: u. a. eine so genannte ‚Schulmesse‘, ‚Elternschulen‘, Adventsbasare, Flohmärkte und eine Fundraisingveranstaltung. Von all diesen Gelegenheiten erstellten wir ausführliche beschreibende Protokolle im Sinne ethnographischer Feldforschung (vgl. Breidenstein et al. 2013). Hinzu kamen Beobachtungen von Situationen, in denen die Grundschulwahl alltäglich verhandelt wurde, die wir entweder gezielt aufsuchten (Diskussionen in einem lokalen Bildungsausschuss) oder zufällig miterlebten (z. B. auf einem Stadtteilstadtteilfest oder in einer Straßenbahn). Bei diesen Gelegenheiten können eigene Kinder im passenden Alter ‚Eintrittskarten‘ zum Schulwahlgeschehen sein: sowohl zu entsprechenden Informationsveranstaltungen als auch zu engagierten und persönlichen Erzählungen in Schulwahl-Gesprächen.

Um zusätzlich einen Eindruck von der institutionellen Perspektive auf das regionale Schulwahlgeschehen zu erhalten, wurden (insgesamt acht) Interviews mit Schulleitungen sowie zwei Gespräche mit Repräsentant\*innen von Schulgründungsinitiativen durchgeführt. Mit unseren Interviews erfassen wir nahezu das gesamte bestehende und projektierte Angebot an Grundschulen in freier Trägerschaft in A-Stadt, sowie – kontrastiv dazu – besondere Fälle aus B-Stadt<sup>3</sup>. Hinzu kommt ein Interview mit einem Schulamtsleiter, das hoch interessante

---

3 Die Pseudonymisierung der verschiedenen Schulen halten wir über die Einzelstudien hinweg bewusst nicht konsistent, sondern arbeiten (willkürlich) mit immer neuen

Einblicke in den Versuch gewährt, elterliche Schulwahl zu organisieren und eine Grundschullandschaft zu ‚entwickeln‘.

Parallel wurde ein umfangreiches Archiv an Dokumenten zusammengetragen, das sich erstens lokal auf die Verhandlung der Schulwahl an den beiden Untersuchungsorten richtete. Es wurden Zeitungsartikel zur Grundschulwahl aus regionalen Presseorganen (Lokalzeitungen, Stadtteilmagazine), programmatische Papiere von lokalen Interessengruppen (Parteien, Vereine, Verbände, Elterninitiativen) und Selbstrepräsentationen von Grundschulen (Homepages, schulische Leitbilder, Werbematerialien von Schulen, Flyer mit Veranstaltungshinweisen) recherchiert und archiviert. Zweitens zielte die Recherche überregional auf die allgemeine, öffentliche Diskussion zur Grundschulwahl in Deutschland, z. B. auf überregionale Medienberichte (Zeitungsartikel, Fernsehreportagen), wissenschaftliche Studien sowie auf spezielle „Ratgeber“ zur Schulwahl, wie sie auf dem Buchmarkt in wachsender Zahl erhältlich sind. Schließlich wurden Internetforen recherchiert, in denen sich Eltern über die Bedingungen ihrer Schulwahlentscheidungen und Erlebnisse an unterschiedlichen Orten in Deutschland austauschen.

Forschungsstrategisch priorisierte die Erhebung dieses heterogenen Datmaterials die Schulwahlsituation in A-Stadt. Die erweiterte Erhebung von Daten an zusätzlichen Orten (in B-Stadt, in Berlin, in einem Einzelfall in Halle und überregional) diente dazu, ergänzend und kontrastierend Einzelaspekte des Schulwahldiskurses zu thematisieren, die im exklusiven Fokus auf die Schulwahlsituation in A-Stadt weniger zur Geltung gekommen wären. Ausgehend von unserer intimeren Kenntnis der Schulwahlsituation in A-Stadt wurden Vergleiche zur überregionalen Verhandlung der Schulwahl ebenso möglich wie gezielte Kontrastierungen zur Situation in B-Stadt, sowie zum Schulwahlgeschehen in Berlin. Letzteres ergab sich im Zuge einer Kooperation mit einer Kollegin und Schulwahlforscherin, deren Feldforschung in Berlin stattfindet (Isabel Dean) sowie in der Analyse eines englischsprachigen Online-Forems zur Schulwahlsituation in Berlin, das wir zusammen mit unserem australischen Kollegen Martin Forsey ausgewertet haben. Außerdem widmet sich eine Studie den Homepages von Grundschulen in Berlin-Mitte vor dem Hintergrund einer speziellen Sprengelregelung, die diesen Schulen ein gemeinsames Einzugsgebiet zuwies.

Fast von Beginn des Forschungsprozesses an haben wir uns auch mit unterschiedlichen Formen der Analyse des rasch anwachsenden Datenkorpus befasst. Insofern waren Datenerhebung und -auswertung von Anfang an eng aufeinander

---

Buchstabenfolgen (A, B, ...), um die Verknüpfung von Informationen über die Einzelstudien hinweg zu vermeiden.

bezogen und die sich entwickelnden Analysepraktiken haben den Prozess der Datenerhebung (mit-)gestaltet.

---

### 1.3 Auswertung

Ausgehend von unserer leitenden Forschungsfrage, wie sich Szenarien der Grundschulwahl konkret konstituieren, erfolgte die Auswertung der erhobenen Daten diskursanalytisch. Unter einem Diskurs ist dabei keine Aushandlung zu verstehen, die einzelnen Personen oder Institutionen zuzurechnen wäre. Es geht vielmehr um einen Diskurs, der sich im praktischen Prozessieren der Grundschulwahl zeigt und der durch verschiedene Dokumente, Personen und Institutionen hindurchspricht und unterschiedliche Aussagen und Äußerungsformen bedingt. Im Kontext unserer Untersuchung ging es uns darum, diesen Diskurs in seiner Praxis zu untersuchen und strukturierende, zentrale *Knotenpunkte* zu bestimmen, die für die Hervorbringung von differenten Szenarien der Grundschulwahl konstitutiv sind.

Die Metapher des Knotenpunktes schließt an einen Vorschlag von Deleuze und Guattari an, die dafür plädieren, die hierarchisierende Strukturmetapher eines Baumes durch die eines Rhizoms zu ersetzen. Dieses Rhizom wird radikal relational gedacht: Es „besteht nur aus Linien“ (Deleuze und Guattari 1977, S. 34) und „kann die verschiedensten Formen annehmen, von der Verästelung und Ausbreitung nach allen Richtungen an der Oberfläche bis zur Verdichtung in Knollen und in Knötchen“ (ebd., S. 11). In der Logik des Rhizoms kommt es mehr auf die Verbindung an, als auf das, was verbunden wird. Es geht um Konnektivität, Wandlung und Ausdehnung, anstatt um Rangfolge und Subordination. Die vorliegende Untersuchung geht davon aus, dass die Art und Weise, wie sich eine Konnektivität bemerkbar macht, in Diskursen alles andere als beliebig ist. Um im Bild des Rhizoms zu bleiben: Im Wildwuchs der Verästelungen und Verdichtungen, lassen sich einzelne, besonders prominent hervortretende, Knotenpunkte identifizieren, die für die Konstitution des Diskurses zur Grundschulwahl eine herausgehobene Bedeutung besitzen. Wir werden drei solcher Knotenpunkte – ‚Bildungsgerechtigkeit‘, ‚Schulqualität‘ und ‚Elternverantwortung‘ – näher untersuchen. Zu zentralen Bezügen im Diskurs zur Grundschulwahl werden diese Knotenpunkte deshalb, weil sie hinsichtlich ihrer Relevanz unwidersprochen und zugleich normativ hoch wirksam sind: Im Diskurs zur Grundschulwahl hat in der Regel niemand etwas gegen Bildungsgerechtigkeit, niemand argumentiert gegen Schulqualität und niemand zweifelt elterliche Verantwortung an: im Gegenteil, diese Bezugspunkte erscheinen geradezu verpflichtend. Anstatt die oberflächliche Positivität dieser Knotenpunkte zu verdoppeln besteht die Aufgabe einer Diskursanalyse nun darin,

ihre immanente Produktivität, Anschlussfähigkeit und Strittigkeit sichtbar zu machen. Es geht dabei darum, die je spezifische Performativität, Relationalität und Generativität des praktischen Diskurses um die Grundschulwahl herauszuarbeiten (vgl. hierzu auch Jergus et al. 2013).

- *Performativität*: Diskursanalysen rechnen damit, dass Diskurse ihre Gegenstände hervorbringen und nicht umgekehrt. Foucault spricht von Diskursen als „Praktiken [...], die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1981, S. 74). Diskursen wird eine performative Kraft zugeschrieben, die einen „Zusammenhang von Wissensformierungen, Machtverhältnissen und Subjektivierungen“ (Fegter et al. 2015, S. 12) etabliert und bearbeitet. Ein Ziel von Diskursanalysen besteht vor diesem Hintergrund darin, den Blick „von den Produkten (Texte, Gespräche oder ganze Debatten) auf die soziale bzw. gesellschaftliche Tätigkeit [zu] richten, die diese Produkte hervorbringt“ (ebd., S. 13). Wir können also schulwahlbezogen fragen: *Wie wird die Grundschulwahl in einem bestimmten Kontext und auf eine bestimmte Art und Weise bedeutsam gemacht?*
- *Relationalität*: Der Schulwahldiskurs ist kein geheimer oder versteckter Diskurs. Sofort sichtbar ist er aber auch nicht. In der Analyse von Diskursen ist der\*die Diskursforscher\*in zunächst nicht mit *dem* Diskurs, sondern mit einem „Feld der Diskursivität“ (Laclau und Mouffe 2006, S. 149) konfrontiert. Das Ziel der Diskursanalyse besteht darin, die diese Diskursivität strukturierenden impliziten Regel- und Ereignishaftigkeiten sichtbar zu machen. Erst im Zuge dieser Sichtbarmachung gelangt man zur (Re-)Konstruktion des Diskurses, die – mit Foucault – auf zwei Fragen zielt: „Gemäß welchen Regeln ist eine bestimmte Aussage konstruiert worden und folglich gemäß welcher Regeln könnten andere ähnlich Aussagen konstruiert werden?“ (Foucault 1981, S. 42). Und: „Wie kommt es, dass eine bestimmte Aussage erschienen ist und keine andere an ihrer Stelle?“ (ebd.). In Anknüpfung an Theorien sprachphilosophischer Provenienz (Saussure 2001, S. 105) kann man sehen, dass Aussagen ihre Bedeutung nicht aus sich heraus gewinnen, sondern jeweils erst in der Relation zu anderen Aussagen bedeutsam gemacht werden. Der diskursanalytische Blick richtet sich dementsprechend auf Praktiken der Aussageverknüpfung, auf Formationsbildung und Abgrenzung. In der Analyse des Schulwahldiskurses ist dementsprechend zu fragen: *Welche normativen Bezüge (Knotenpunkte) tauchen regelmäßig in Relation zur Grundschulwahl auf und verleihen ihr konkrete Relevanz?*
- *Generativität*: Diskurse sind nicht statisch. Sie verändern kontinuierlich ihre Gestalt. Foucault hat dafür die Metapher vom „große[n] Wuchern des Dis-

kurses“ (Foucault 1991, S. 33) gebraucht. Deleuze und Guattari (1977) konsultieren ebenfalls organische Metaphern, wenn sie prozessual die rhizomatische Ausbreitung, Fortpflanzung oder Verdichtung von Diskursen beschreiben. Die Dynamik des Diskurses wird dabei als verselbständigt gegenüber dem Zweck der diskursiven Aushandlung in den Blick genommen. So lässt sich die Möglichkeit einer fortgesetzten Diskussion zu bestimmten Themen und deren Umstrittenheit auf ihre Voraussetzungen hin befragen. Es lässt sich fragen: *Wie erklärt sich die Produktivität des Diskurses zur Grundschulwahl jeweils in Bezug auf die Rede, etwa von ‚Bildungsgerechtigkeit‘, ‚Schulqualität‘ oder ‚elterlicher Verantwortung‘? Und: Was hindert diesen Diskurs daran, an ein Ende zu kommen?*

Die Diskursforschung bietet keine singuläre methodische Operationalisierung an und einschlägige Methodenhandbücher betonen regelmäßig die große Bandbreite an methodischen Forschungszugängen (Keller et al. 2004). Die Diskursanalyse lässt sich dementsprechend weniger als standardisiertes Verfahren denn als eine „erkenntnisproduzierende Heuristik“ (Fegter et al. 2015, S. 28) beschreiben, die unterschiedliche methodische Umgangsweisen mit empirischem Material anleitet. Was einerseits als Mangel an methodischer Bestimmtheit wahrgenommen werden könnte, erlaubt andererseits eine große Offenheit in Anpassung der Methode an den zu untersuchenden Gegenstand. Wir haben uns je nach dem Fokus der Analyse detailliert sequenzanalytisch mit ausgewählten Passagen aus den Interviews beschäftigt, vergleichend Passagen aus verschiedenen Interviews nebeneinander gestellt; uns entweder der Varianz der Ausprägungen eines Merkmals zugewandt oder der Rekonstruktion der Vollzugslogik beobachteter (Gesprächs-) Praktiken. Die je konkreten Vorgehensweisen in der Datenanalyse sind in den thematisch fokussierten Einzelstudien erläutert und dokumentiert.

---

## 1.4 Aufbau des Buches

Die Ergebnisse unserer Analysen manifestierten sich zunächst in Form von einzelnen kleineren Studien, die in Aufsatzform publiziert wurden. Die Einzelstudien waren manchmal auf bestimmte Anlässe zugeschnitten (Tagungen oder Forschungskooperationen), sie erwuchsen aber immer auch aus der intensiven Analyse von spezifischen Ausschnitten aus unserem Datenkorpus. Für die einzelnen Studien zeichneten unterschiedliche Autor\*innen(teams) verantwortlich, alle entstehenden Texte wurden aber intensiv (und oft in mehreren Versionen) in der ganzen Projektgruppe diskutiert.

Mit dem vorliegenden Band möchten wir nun einige der an verstreuten Orten publizierten Einzelstudien in einem Band versammeln und aufeinander beziehbar machen. Für diesen Zweck haben wir die vorliegenden Einzelstudien grundlegend überarbeitet. Außerdem haben wir eine ganze Reihe von Studien (etwa die Hälfte) für diese abschließende monographische Publikation unserer Projektergebnisse neu erarbeitet. Für diesen Band bedeutet das, dass die einzelnen Kapitel auch einzeln gelesen und diskutiert werden können, dass wir aber durchaus den Anspruch verfolgen, ein strukturiertes Gesamtbild unserer Untersuchung von ‚Szenarien der Grundschulwahl‘ zu entwerfen.

Die method(olog)ischen Ausführungen des Einführungskapitels werden zunächst um einen Beitrag ergänzt, der sich mit den entscheidungstheoretischen Prämissen qualitativer Forschung beschäftigt. Wenn im Titel des vorliegenden Buches von ‚Szenarien der Grundschulwahl‘ die Rede ist, dann stellt sich die Frage, wie Wahl- bzw. Entscheidungsprozesse zum Gegenstand qualitativer Forschung gemacht werden können. Der Beitrag beschäftigt sich mit der systematischen Konturierung einer performanztheoretischen Entscheidungsforschung (1).

Die Studien des zweiten Teils (3–6) beschäftigen sich mit dem diskursiven Knotenpunkt der ‚Bildungsgerechtigkeit‘. Die Frage, ob die Grundschulwahl von Eltern als Mittel der sozialen Distinktion bzw. als ‚Elitebildung‘ (3) verstanden wird, bildet hier den Auftakt. Es kann gezeigt werden, wie schulwahlaktive Eltern mit dem Verdacht umgehen, durch ihr Verhalten soziale Segregation zu unterstützen. Die Frage, wie Bildungsgerechtigkeit im Diskurs zur Grundschulwahl zu einem zentralen Knotenpunkt avanciert, lässt sich allerdings nicht allein durch eine Analyse elterlicher Perspektiven nachvollziehen. Auswahlprozesse an Schulen werden in diesem Zusammenhang ebenso zum Gegenstand der legitimatorischen Bearbeitung (4). Am Beispiel eines öffentlich diskutierten Falls – dem Neuzuschnitt eines Schulbezirks – wird die Vielgestaltigkeit deutlich, in der ‚Bildungsgerechtigkeit‘ auch durch Debatten in den Medien, in Politik und Verwaltung als Argument eingesetzt wird (5). Ein vierter Beitrag fokussiert demgegenüber enger auf die Spezifik kulturalisierender Segregation im Diskurs um die Grundschulwahl in Berlin (6).

Mit dem Knotenpunkt der ‚Grundschulqualität‘ setzen sich die Studien des dritten Teils (7–10) auseinander. Dabei wird Qualität nicht als klar objektivierbare Voraussetzung betrachtet, sondern wir fragen danach, wie sie sich diskursiv konstituiert und welche Praktiken ihrer Inszenierung sich unterscheiden lassen. Zunächst wird danach gefragt, wie sich der schulwahlrelevante ‚Ruf der Schulen‘ im Sprechen der Eltern konstituiert (7). In einem zweiten Kapitel wird das Format des ‚Tages der offenen Schultür‘ näher in den Blick genommen. Auf Basis ethnographischer Beobachtungen wird gefragt, wie Unterschiede zwischen

Grundschulen, die ihre Wahrnehmung als differente Schulwahloptionen bedingen, jeweils inszeniert werden (8). Eine andere Ebene der Inszenierung schulischer Unterschiede wird mit der vergleichenden Analyse von Schulhomepages eingenommen (9). Ein vierter Beitrag fragt danach, was daraus folgt, wenn schulwahlaktive Eltern als ‚Kunden‘ verstanden werden, die sich auf einem Schulmarkt bewegen (10).

Als dritter Knotenpunkt im Diskurs um die Grundschulwahl wird auf das Thema der ‚Elternverantwortung‘ eingegangen. In der Auseinandersetzung mit verschiedenen Elterninterviews wird die Vervielfältigung von Anforderungen herausgestellt und gefragt, inwiefern die Argumentationsfigur einer ‚Qual der Grundschulwahl‘ für Performanzen ‚verantworteter Elternschaft‘ geeignet ist (11). Die Spezifik dieser Verantwortungskonstruktion wird in der Kontrastierung mit einem ‚Fall transnationaler Grundschulwahl‘ zum Thema (12). Um den Blick auf die Frage zu lenken, wie Eltern in die Position hineingerufen werden, verantwortlich zu sein, beschäftigt sich ein dritter Beitrag mit der Eigenlogik der Verhandlung der Schulwahl in Schulwahlrategebern (13). Ein vierter Beitrag beschäftigt sich schließlich mit der Frage, wie die Grundschulwahl – als Wahrnehmung elterlicher Verantwortungskonstruktionen – aus der Perspektive einer Verwaltung durch ‚Wunschfolgebögen‘ organisiert wird (14).

Das Buch schließt mit einer Reflexion zur Beteiligung der Schulwahlforschung am Schulwahlgeschehen, und fragt damit abschließend auch kritisch nach unserer eigenen Involvierung in das von uns untersuchte Phänomen (15).

Die Arbeit in unserem Projekt und im Besonderen an diesem Buch hat stark von dem Austausch mit verschiedenen Personen und Institutionen profitiert. Das Projekt beruht insgesamt auf der finanziellen Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Danken möchten wir den Mitarbeiter\*innen des Zentrums für Schul- und Bildungsforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, sowie den Teilprojekten der Forschergruppe FOR 1612 für einen intensiven inhaltlichen Austausch und konstruktive Dialoge. Unser besonderer Dank gilt Susanne Dodillet (Universität Göteborg), Isabel Dean (Georg-August-Universität Göttingen), Tanya Tyagunova (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) sowie Martin Forsey (University of Western Australia), mit denen unser Projekt in verschiedenen Kontexten kooperiert hat. Wir danken unseren Interviewpartner\*innen, ohne deren Offenheit und Kooperation die vorliegende Arbeit nicht hätte realisiert werden können, sowie dem VS-Verlag für die Unterstützung bei der Publikation. Ein ganz besonderer Dank gilt den studentischen Mitarbeiter\*innen unseres Projektes: Kai Böckelmann, Yommana Klüber, Thomas Voigt, Markus Woitschig sowie Fenna La Gro, insbesondere auch für die Arbeit an der Umsetzung der vorliegenden Publikation.